



Im Oktober entscheidet der Bundestag über eine Verlängerung des Afghanistan-Mandats. Die Bundesregierung sollte sich dem Drängen auf Verstärkung der militärischen Präsenz in Afghanistan verweigern, fordert Afghanistan-Experte Dr. Jochen Hippler. „Man kommt zum Schluss, dass die Regierung und die Mehrheit des Deutschen Bundestages die Soldaten ohne ein auf Afghanistan bezogenes, seriöses Konzept an den Hindukusch entsandten“, kritisiert Hippler. „Ein solches Gesamtkon-

zept, welches Ziele, Mittel und Strategien des Einsatzes klärt, muss Grundlage jeder Einsatzplanung sein. Ohne ist eine Truppenentsendung nicht kalkulierbar und verantwortbar.

Einen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation sieht Hippler vor allem in der konsequenten Stärkung afghanischer Staatlichkeit: „Bundesregierung, Bundestag und Bundeswehr sollten konsequent bei ihrer Rolle der Unterstützung der afghanischen Regierung bleiben, aber sich vor allem darauf konzentrieren, den afghanischen Staatsapparat zu stärken.“ Hierfür seien eine bessere Organisation und auch eine bessere Finanzierung des Afghanistan-Engagements nötig.

Dr. Jochen Hippler ist Privatdozent für Politikwissenschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen.

## Abgelehnt, aber unvergessen

Union und SPD im Bundestag haben bis zum Sommer 2008 sämtliche Anträge und Initiativen der LINKEN abgelehnt. Dazu gehörten Vorschläge für einen gesetzlichen Mindestlohn, Energie-Sozialtarife, Heizkostenzuschüsse, höheres Kindergeld, deutlich mehr Hartz IV, steigendes Wohngeld und gegen Renten-Abschläge für Langzeitarbeitslose. Die Ablehnung hinderte sie aber nicht daran, die Anliegen der LINKEN später ungeniert aufzugreifen, um – wie bei Energie-Sozialtarifen oder Managergehältern – Ankündigungen

in die Welt zu setzen oder – wie bei der Rente ab 67 – teilweise zurückzurudern oder aus der für Eltern beitragsfreien Kinderbetreuung einen Wahlkampflogan zu machen.

Gegen Ablehnung und Abschreiben kann die LINKE wenig ausrichten. Sie wird aber dafür sorgen, dass die Wähler nicht vergessen, wer unter Rot-Grün und Schwarz-Rot die unsozialen Agenda-2010-Beschlüsse gefasst und fortgesetzt hat und nun an den Folgen dieser Politik herumdoktert.

### Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030 / 22 77 23 29  
Fax: 030 / 22 77 63 29  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow  
Fon: 0 33 85 / 49 45 21  
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter: [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)

## Newsletter 8

Oktober 2008, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

Außenminister Frank-Walter Steinmeier wird SPD-Kanzlerkandidat und will 2009 im Wahlkreis 61 das Direktmandat (Bitte nicht wundern, nur die Nummerierung wird sich ändern.). Als Nachlassverwalter der Regierung Schröder ist er nun Hoffnungsträger der Sozialdemokraten. Das wird den Brandenburgern nur schwer vermittelbar sein, denn als Mitglied des Kabinetts Merkel steht er für drastische soziale Einschnitte wie die Mehrwertsteuererhöhung oder die Rente mit 67 und hat gerade auch in Ostdeutschland die Ausweitung von prekärer Beschäftigung und Kinderarmut zu verantworten.

DIE LINKE setzt eine zukunftsorientierte Politik der sozialen Gerechtigkeit dagegen, die bei immer mehr Menschen Zustimmung findet. Dies zeigen auch die Ergebnisse der jüngsten Kommunalwahl. Vor diesem Hintergrund gehe ich optimistisch in die Auseinandersetzung um das Direktmandat im Bundestagswahlkreis Rathenow, Brandenburg an der Havel, Belzig und Jüterbog, auch wenn ein potenzieller Kontrahent der Kanzlerkandidat ist.

Ihre Diana Golze

## Spruch des Monats

In der Süddeutschen Zeitung schreibt Heribert Prantl: „Die Form des Kapitalismus, die man ‚Turbo-Kapitalismus‘ genannt hat, widerlegt, zerlegt und besiegt sich gerade selbst.“ In der Frankfurter Rundschau heißt es, jeder der sehen und lesen könne, müsse vom Glauben abfallen, „vom Glauben an die Überlegenheit freier Märkte“.

## TERMINE

- 9. Oktober  
„Potsdam-Studentenstadt?“ (ab 18 Uhr in der Dortustraße 53)
- 17. Oktober  
Konferenz zur europäischen Energieausenpolitik (14 Uhr im MEL-Haus, Berlin)
- 18. und 19. Oktober  
kommunalpolitisches Wochenende für neugewählte Linke (Bildungszentrum Erkner Seestraße 39)
- 20 bis 24 Oktober  
Wanderausstellung „Deutscher Bundestag – unsere Abgeordneten“ (Rathaus Belzig)  
Eröffnungsfeier am 20. Oktober ab 11 Uhr
- 31. Oktober  
III Stadtumbaukonferenz (Haus der Technik, Hollestraße 1, Essen)

weitere Informationen:  
[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Knauserige Kanzlerin - 10 € Kindergelderhöhung reichen nicht!



**Diana Golze bei der Rententour im September in Brandenburg a.d.H.**

Mit diesem mickrigen Wahlkampf-Almosen wird nicht einmal der durch die immensen Preissteigerungen der letzten

Jahre verursachte Wertverlust des Kindergelds ausgeglichen. Union und SPD wissen, dass das Kindergeld seit der letzten Anhebung im Jahr 2002 allein durch steigende Lebenshaltungskosten und Inflation bereits über 12 Prozent an Wert verloren hat. Daher fordert DIE LINKE, das Kindergeld für alle Familien sofort auf 200 Euro anzuheben. Man muss nicht erst den Existenzminimumsbericht abwarten, um zu sehen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Außerdem fordern wir eine Anhebung des Hartz IV-Regelsatzes für Kinder auf 300 Euro und eine Erhöhung des Kinderzuschlags auf mindestens 200 Euro als ersten Schritt zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung.

### Kinder sind keine Ware

Das Kinderförderungsgesetz (KiFöeG) ist gegen die Stimmen der Opposition beschlossen worden. Doch nicht nur der Umstand, dass keine Oppositionsfraktion das Gesetz mittragen konnte, macht die Beratungsresistenz der Bundesregierung deutlich, auch die Kritik, die in der Fachanhörung im Familienausschuss von fast allen Sachverständigen geäußert wurde, fand sich nur in mäßigem Umfang in dem eilig vorgelegten Änderungsantrag der Koalition.

DIE LINKE machte sowohl in ihrem Änderungsantrag (16/10382) als auch in der Plenardebatte deutlich, wo ihre Kritikpunkte liegen:

Kein Betreuungsgeld ab 2013 für Eltern, die ihre Kinder unter 3 Jahren nicht in einer Kita betreuen lassen! Erfahrungen zeigen, dass vor allem Kinder aus ein-

kommenschwachen Familien durch diesen falschen Anreiz nicht in den Genuss dieses Bildungsangebotes kommen.

Kein Ausbau zu Lasten der Kommunen! Wenn die Bundesregierung einen Rechtsanspruch schafft, müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, die Leistungen erbringen zu können. Die Finanzierung durch das geplante Sondervermögen ist nicht realistisch. Die LINKE fordert eine Aufstockung der Mittel.

Keine Kommerzialisierung der Jugendhilfe! Die Gleichstellung von gemeinnützigen Trägern mit privat-gewerblichen bei der Förderung des Kita-Ausbaus wurde zwar abgeschwächt, die Anreize sind aber dennoch im Gesetzentwurf geschaffen worden. Dazu sagt die LINKE NEIN! Kinder sind keine Ware, Bildung gehört nicht an die Börse!

## Koalitionsmehrheit gegen Entlastung der Berufspendler

Zur Entlastung von Berufspendlern fordert DIE LINKE die Rücknahme der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 Kilometer. Ein entsprechender Antrag der Linksfraktion wurde am Donnerstag im Bundestag mit der Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und SPD abgelehnt.

Ich bedauere, dass auch die SPD- und CDU-Abgeordneten aus unserem Flächenland Brandenburg gegen den Antrag gestimmt haben, denn allein rund 230.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – das sind mehr als ein Viertel der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten – pendeln über die Landesgrenzen hinweg zur Arbeit. Ein weiteres Viertel der Brandenburger Beschäftigten pendelt innerhalb des Landes täglich vom Wohn- zum Arbeitsort.

Angesichts hoher Kraftstoffpreise sind gerade Gering- und Normalverdiener durch den Wegfall der Pendlerpauschale für die ersten 20 Kilometer betroffen.

Das Argument, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Kürzung der Pendlerpauschale abzuwarten, ist fadenscheinig. Die Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 Kilometer war eine politische Entscheidung. Dieser Fehler sollte auch auf politischem Weg behoben werden.

Schlichtweg grotesk ist das Agieren der CSU-Abgeordneten. Während sich ihre Partei in Bayern für die Rückkehr zur vollen Pendlerpauschale ausspricht, lehnten die CSU-Bundestagsabgeordneten gerade diese Forderung im Bundestag.

### Ein „Weiter so“ darf es nicht geben

Am 30.9. stellte der Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) in einer Sondersitzung der Fraktion DIE LINKE den Rettungsplan für die Hypo Real Estate vor. Viele Fragen wurden nicht befriedigend beantwortet, was die Einschätzung der Lage schwierig gestaltet. Dennoch formuliert DIE LINKE grundsätzliche Feststellungen und Forderungen an die Bundesregierung:

Der Staat muss sich entsprechend dem Umfang der eingesetzten Steuermittel an den Banken beteiligen. Die Bundesregie-

rung hat die Finanzkrise mit verursacht, indem sie die Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben und die Konstruktion undurchsichtiger, hochriskanter Kreditverbriefungen aktiv gefördert hat. Die Bundesregierung muss gegenüber dem Bundestag ein realistisches Bild von den Auswirkungen der Finanzkrise auf die deutsche Wirtschaft geben. Rettungsmaßnahmen müssen so gestaltet werden, dass sich aus diesen Maßnahmen mittel- und langfristig ergebende Gewinne vom Bund abgeschöpft werden.

Mehr Informationen unter [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de). Schauen Sie mal rein!

Mehr Informationen unter [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de). Schauen Sie mal rein!